

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Postamtstraße 22.

Verantwortlicher Redacteur:
Herrn Dr. G. G. G.

Druckerei:
Herrn Dr. G. G. G.

Verleger:
Herrn Dr. G. G. G.

Vertrieb:
Herrn Dr. G. G. G.

Abonnement:
Herrn Dr. G. G. G.

Einzelhefte:
Herrn Dr. G. G. G.

Preis:
Herrn Dr. G. G. G.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kastige 16,000.

Abonnementpreis viertel 47, 5/2, 1/2, incl. Fracht 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Schließen für Anzeigen: ohne, 10 Pf.; mit, 15 Pf. mit, 20 Pf. mit, 25 Pf. mit, 30 Pf. mit, 35 Pf. mit, 40 Pf. mit, 45 Pf. mit, 50 Pf. mit, 55 Pf. mit, 60 Pf. mit, 65 Pf. mit, 70 Pf. mit, 75 Pf. mit, 80 Pf. mit, 85 Pf. mit, 90 Pf. mit, 95 Pf. mit, 100 Pf. mit.

Einzelhefte 50 Pf. Petitseite 20 Pf. Großere Seiten laut anderem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach älterem Tarif.

Kleinanzeigen unter dem Rubricationspreis die Spalte 40 Pf. Insetze sind stets an v. G. G. G. zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung proannum oder durch Postnachnahme.

Nr 310.

Donnerstag den 6. November 1879.

73. Jahrgang.

Eisenbahn-Verpachtung.

Die in dem ehemaligen Botanischen Garten, Hartenstraße Nr. 5, befindlichen Wärdien sollen zur Benutzung als Eisenbahn für den bevorstehenden Winter einschließlich des Schiffschnittes Freitag den 7. November d. J. Vormittags 11 Uhr an Rathshalle an den Meistbietenden verpachtet werden. Die Verpachtungs- und Benutzungsbedingungen können auf dem Rathhaussaal, 1. Etage, eingesehen werden. Leipzig, den 28. October 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Professor Dr. Kolbe betrug die Leuchtstärke des Rädlichen Leuchtstoffes im Monat October das 13fache von der der Normalleuchtstärke bei 0,477 spezifischem Gewicht. Leipzig, den 4. November 1879. Des Raths Deputation zur Gasverkauf.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Volksschulen sind nächste Oftern 20 provisorische Lehrstellen zu besetzen, mit denen bei 26 wöchentlichen Unterrichtsstunden ein jährlicher Gehalt von 1800 M verbunden ist. Bewerber, welche die Vorbildungsprüfung bestanden haben, wollen Gesuche und Zeugnisse über die Candidaten- und Vorbildungsprüfung, sowie über die Amtsfähigkeit bis zum 30. November d. J. bei uns einreichen. Der Schulinspector. Dr. Panitz. Behmert.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 5. November.

Ein offenbar von oben her veranlaßter, in sehr bestigem Tone gehaltener Leitartikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat einiges Aufsehen gemacht, nicht weil er bei den fortschrittlichen Blättern eine plötzliche Umneigung zu Rußland bemerkt haben will — ein Vorwurf, der sich schwerlich nachweisen ließe —, sondern, weil er, wenn auch nur beiläufig, die Existenz eines „Freundschaftsbundes zwischen Oesterreich, Ungarn und Deutschland“ offen eingesteht. Damit fallen alle Abwegungen, welche das genannte und andere offizielle Blätter bisher den bekannten Mittheilungen über die Wiener Abmachungen entgegenzusetzen beliebten, vollständig ins Wasser. Natürlich wehren sich die Berliner fortschrittlichen Blätter gegen die ihnen nachgesagte Freundschaft für Rußland. Es wäre Dies kaum nötig gewesen, denn die Thatsachen, welche die Spalten der Zeitungen füllen, bezeugen deutlich genug, welche hohen Berth der Kaiser im Gegensatz zum Fürsten Bismarck auf die Freundschaft des russischen Hofes legt. Personen, die dem Reichskanzler nahe stehen, versichern, daß er die Förderung Rußlands, der deutsch-russischen Allianz beizutreten, für verträglich halten müsse, weil die Dinge am Bosporus zu Bewerkstelligung und Ereignissen führen könnten, denen weder Deutschland noch Oesterreich sich fern halten dürften. Dies würde das Gerücht bestätigen, daß bereits ein diplomatischer Schriftwechsel aus Anlaß der Haltung Englands zwischen dem Berliner und dem Petersburger Cabinet geführt wird, dessen Tragweite zur Stunde nicht abgesehen werden kann.

Vergänglich ist es, daß eine Aenderung des Kaisers zu dem Präsidium des Abgeordnetenhauses über die befriedigende Gestaltung der inneren Lage von conservativer und ultramontaner Seite so gedeutet wird, als hätte die Niederlage der Liberalen und die Präsidentenwahl so zu sagen die lauterliche Zustimmung erhalten. Ist es doch eine alte Gewohnheit der Conservativen, die Person des Kaisers in den Streit der Parteien zu ziehen. Daß die Ultramontanen gleichfalls die Hoffnungs-Uniform anziehen und sich an die Reichshöhe der Conservativen klammern, um dergleichen zu machen, daß sich ein Rückwärtsschritt an die ibrigen hing, Das verleiht der Lage beinahe etwas Komisches. Aber in liberalen Kreisen beschäftigt man sich recht ernstlich mit den nächsten Folgen einer Politik, deren Schwanken sich schon in der Puttkamer'schen Angelegenheit zeigt und diesem Ministerium gerade keine feste Stellung vor der Kammer verschafft. War doch im Abgeordnetenhause bereits das Gerücht verbreitet, daß Fürst Bismarck nachdrücklich auf die Entlassung des Exultaministers von Puttkamer bestünde. Wie weit Dies begründet ist, läßt sich bis zur Stunde nicht angeben.

Am 3. November ist die Generalsynode der alten Provinzen Preußens geschlossen worden. Vom ersten bis zum letzten Tage hat die kleine liberale Minorität und die stärkere, aber der orthodoxen Majorität gegenüber ebenfalls ohnmächtige Mittelpartei Niederlage auf Niederlage erlitten; nur wo der Oberkirchenrath — dem mehrfach kein eigenes Mitglied, Oesterreicher Abgel., als Führer der Synode entgegentrat — mit dem Scheitern einer Vorlage drohte, gelang es, die Mehrheit zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Das Ergebnis der Synode ist eine neue Bestätigung und Befestigung der unbedingten Orthodoxie in der Herrschaft auch der altpreußischen evangelischen Kirche; ihren Ausbruch bildet dieses Ergebnis in der Zusammenkunft des Vorstandes der Generalsynode, an dessen Mitwirkung der Oberkirchenrath vielfach gebunden ist. Die Rothwendigkeit eines festen Zusammenhaltens der liberalen Partei außerhalb und innerhalb

des preussischen Abgeordnetenhauses dürfte schon in nächster Zeit zu einer Bereinigung führen, die vorerst gefelliger Natur wäre, später aber zu einer politischen Bedeutung sich entwickeln könnte. Die Erfahrungen der vergangenen Wahlkämpfe sprechen mehr als alles Andere dafür, daß eine neue Organisation der liberalen Partei dringend noch ist. Was anderwärts und namentlich jetzt in Breslau geschehen, gilt nur als ein Beweis mehr, daß die wahrhaft Liberalen sich eng an einander scharen müssen, um nicht von den jetzt die Majorität bildenden Elementen überstürzt zu werden. Es hat nicht nur unter den liberalen Abgeordneten, sondern auch in weiteren politischen Kreisen einen niederschlagenden Eindruck hervorgerufen, daß in der am 3. Nov. stattgehabten Versammlung der nationalliberalen Wahlmänner Breslaus die Ausrufung der Candidatur Kaster's, wenn auch nur mit 11 Stimmen (64 gegen 53), abgelehnt worden ist. Von gewahren Kennern der Breslauer Verhältnisse wird einfach darauf hingewiesen, daß die Intelligenz der Stadt gegen Senator Schneider und Handschuhmacher unterlag. Vergessen bemüht sich langjährige und bewährte Politiker, wie Prof. Dr. Koepell, Prof. Dr. Kautzger, Commerzrath Molinari u. a., die Bedeutung Kaster's und die Rothwendigkeit hervorzuheben, ihn gerade jetzt, wo die Reaction ihre wüthendste Siegesfeier zu feiern beginnt, als Vertreter Breslaus ins Abgeordnetenhaus zu senden. Die untergeordneten Geister und Judenreifer behielten die Oberhand in einer Stadt, deren Bevölkerung halb aus Socialdemokraten (i. Reichstagswahlen) und halb (zum größeren Theile wenigstens) aus jenem Haufen besteht, welcher bei jeder rückwärtigen Strömung auf dem Boden zu sehen ist.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Dienstag, nach Wiederwahl der früheren Mitglieder der staatsrechtlichen Centralcommission, der Abg. Birchow, Gneist und Miquel, mit dem Gesetzentwurf über das Verfahren in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten. Derselbe wurde nach kurzer Debatte auf Antrag des Abg. Schellwies an eine besondere Commission überwiesen. Alsbald schritt das Haus zur ersten Verhandlung des Entwurfs eines hiesigen und hochpolizeigefes. Der Abg. Reichensperger-Dipe wandte sich gegen eine Reihe der vorgeschlagenen Bestimmungen, die das natürliche Recht, sich am Walde zu erholen, unbillig einschränken; einzelne Bestimmungen über das Pflanzrecht und das Verbot des Sammelns von Beeren und Pilzen, Raub und Heilig sein graben ungewisserlich. Dagegen machte der Landwirtschaftsminister Dr. Vacius darauf aufmerksam, daß die meisten der demingelten Bestimmungen im größten Theil der Monarchie bereits geltendes Recht seien und daß die zahlreichen Zwangsvorschriften, die man dem Waldbesitzer auferlege, auch die Verpflichtung mit sich brächten, ihn so viel wie möglich in seinem Eigentum zu schützen. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Knebel, Schmidt-Sagan, v. Deydebrand und Dr. Seelig wurde der Gesetzentwurf einer besonderen Commission überwiesen. Für die nächste Plenarsitzung am Freitag wird die erste Etatsberatung verbunden mit dem Gesetzentwurf über die Reichsüberschüsse auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Verein „Concordia“ zur Förderung des Wohles der Arbeiter, der gegenwärtig aus 1212 Mitgliedern mit einem Jahresbeitrag von 22,120 Mark besteht, hat bereits die erste Gründung als so ziemlich die wichtigste Aufgabe die Errichtung von Arbeiter-Subsidenzen, Wittwen- und Waisen-Cassen, um den arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter ebenso wie seine Hinterbliebenen vor Hilflosigkeit und Elend zu bewahren, bezeichnet und nunmehr eine Commission niedergesetzt zur Vorbereitung der Frage, in welcher Weise eine allgemeine Arbeiterversiche-

rung anzubahnen und resp. durchzuführen sei. Gleichzeitig hat der Verein an die Städte-Preussens das Ersuchen gerichtet, den Mitgliedern von Arbeiter-Versicherungscassen einen entsprechenden Nachschuß an Communalsteuer zu gewähren oder solchen als städtischen Beitrag der betreffenden Versicherungscasse zu überweisen. Ohne dem Plan einer allgemeinen Arbeiter-Zwangsversicherung im Geringsten vorgreifen zu wollen, sei eine solche Einrichtung wenigstens für die nächsten Jahre nicht zu erwarten; auf der anderen Seite könne der Trieb des Arbeiters zur freiwilligen Versicherungsnahme nur als ein geringer bezeichnet werden. Zur Anspornung empfehle sich daher der erbetene Steuererlaß, der den Städten deshalb kein Opfer auferlege, weil der auf der einen Seite entstehende Nachschuß durch Ersparnisse im Armenbudget bald wieder eingebracht werde. Ferner sind die Städte ersucht worden, bei regelmäßiger Veröffentlichung der Arbeitslöhne und der Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse in den verschiedensten Gegenden durch Mittheilung des entsprechenden Materials mitzuwirken. Man glaubt, hiermit eine gewisse wünschenswerthe Ausgleichung auf dem Arbeitsmarkte anzubahnen.

Den conservativen Blättern giebt die Präsidentenwahl im preussischen Abgeordnetenhause noch immer zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß, welche von dem tiefschmerzlichen Gegenpaß zwischen den gemäßigteren und den extremen Richtungen der Conservativen Zeugnis ablegen. Die „Kreuzzeitung“ wirft den Freiconservativen vor, den Riß im conservativen Lager verschuldet zu haben, der erst wieder geheilt werden könne, wenn die Freiconservativen im Gegensatz zum Liberalismus conservative Politik zu treiben sich entschließen. Die „Post“ dagegen verlangt von den Altconservativen, sie sollten einsehen, wie eine wirklich starke conservative Partei nur gebildet werden könne, wenn die Berechtigung des in der freiconservativen Partei lebenden liberalen Elements anerkannt würde. Die freiconservative Partei und neuerdings auch wieder ihr Hauptorgan sind sich, sehr im Gegensatz zu der Haltung bei den Wahlen, seit Beginn des Landtags der trennenden Unterschiede gegen die Freiconservativen und in demselben Maße der gemeinsamen Berührungspunkte mit den Nationalliberalen wieder bewußt geworden. Das geht aus diesen etwas gereizten Auseinandersetzungen klar hervor. Auch in der jetzt vereinigten conservativen Fraction werden Meinungsverschiedenheiten über Das, was conservative Politik ist und inwieweit liberale Ideen als berechtigt anzuerkennen seien, nicht ausbleiben, sobald man einmal vor bestimmten praktischen Fragen der Gesetzgebung steht. Mehr und mehr wird die unbedingte, leidenschaftliche, grundsätzliche Art der früheren Declarantenpartei hervortreten, im Anschlag an das Centrum die fehlende Kraft suchen, jede Verständigung mit den liberalen Parteien von vorn herein abschneiden und die gemäßigteren Elemente im eigenen Lager zurückdrängen, bis diese selbst zur Einsicht kommen, mit der „Fusion“ einen schweren Fehler begangen zu haben. Mit Genugthuung ist zu begrüßen, daß wenigstens die Freiconservativen rechtzeitig dem Fallstrich einer großen conservativen Partei entgangen sind und ihren natürlichen Boden wieder gefunden haben.

Die erste öffentliche evangelische Kirche in Tirol wurde, wie schon kurz berichtet, am ersten November in Innsbruck eingeweiht. In feierlicher Weise wurde nachmittags im Hofraum des evangelischen Pfarrhauses die Glockenfeier durch Senior Wehrensperger aus Oesterreich vorgenommen. Viele Hundert Theilnehmer, zumeist Katholiken, strömten herbei; die benachbarten Straßen waren dicht von Neugierigen besetzt. Die Stadtwache hielt die Ordnung anrecht; die nirgend gebot wurde. Mittheilungen über diesen einen Choral: „Ach bleib' mit deiner Gnade“. Nach vollzogener Weihrauch hielt der Pastor Ergenzinger eine begeisterte und verständliche Rede, dann läuteten drei Glocken, ein Gesang des Professors Dellich in Leipzig. Ein ungeheurer Andrang war in der festlich erleuchteten und geschmückten Capelle, welche Jedermann zugänglich ist. Herrliches Festmessen beehrte die halbstündige Feier. In der Stadtpfarrkirche warnte in der Vormittagspredigt ein katholischer Cooperator die Gläubigen vor der Theilnahme an dieser Feier und vor dem Besuche des protestantischen Bethhauses, da beides eine Gottesverleugung und schwere Sünde sein würde. An der Einweihung der Kirche, welche Senior Wehrensperger vollzog, nahmen auch die officiellen Kreise Theil; die Anwesenheit war nur durch Adol. Fischer und der Landesauschuss gar nicht vertreten. Die Weihrede hielt Superintendent Erhard Duschek aus Triest. Pfarrer Ergenzinger hob in seiner Rede hervor: „Die zaghaften Protestanten brauchen jetzt keine Sorgen mehr zu haben, sie können offen den

Glauben bekennen, da die gesetzlich anerkannte Gemeinde Schutz genießt.“ Ein Chor von Dilettanten des Musikvereins sang den Weihenchor, welcher von Pfarrer in Wien eigens für die Feier componirt wurde. Pfarrer Krul aus Bregenz sprach die Abendmahlsrede. Pfarrer Richter aus Weran segnete ein Ehepaar ein. Beim Festmahl im Tirolerhof toastete der Superintendent Duschek auf den Kaiser, Pfarrer Ergenzinger auf den Grafen Taaffe und die Regierung. Die Versammlung beschloß, dem Kaiser telegraphisch die Guldigung der Tiroler Protestanten auszubringen.

Seit Montag ist Paris wieder officiell die Hauptstadt Frankreichs. An diesem Tage wurde in Versailles das Palais des Präsidents der Republik amtlich dem Departement zurückgegeben. Anfangs des nächsten Monats werden auch die Kammern in Paris eröffnet werden, und dann wird es daselbst zwei politische Vertretungen geben, deren Mehrheiten sich feindselig gegenüberstehen, von denen die eine sich auf die Militärmacht, die andere auf die stets vorhandene Revolution's-Armee stützt. Dieser Zustand wird immer etwas Unheilliches und Bedrohliches haben, so lange er dauert; er wird die Leidenschaften wach erhalten, bis er auf die eine oder die andere Art endet. Die Regierung geht ernstlich mit dem Plane um, die Gemeinbevertretung von Paris anzuhängen und Paris direct zu verwalten. Dieser Plan wird jetzt verschoben werden; aber er wird so lange aufgeschoben, bis der Pariser Stadtrath wirklich regiert oder bis er zu existiren aufgehört hat. Welche Ereignisse noch dazwischen liegen, vermag heute Niemand vorauszusagen.

In Irland herrschen noch immer Zustände, welche die Regierungskreise mit den schwersten Besorgnissen zu erfüllen geeignet sind, obwohl die englische Presse sich gegenwärtig nach darin gefüllt, die Lage möglichst tot zu schweigen. Am vergangenen Donnerstag Abend besuchten etwa 30 Männer, von denen die meisten mit Gewehren bewaffnet waren, die in Clonoghilly wohnhaften Pächter und drohten ihnen mit Gewaltthätigkeiten, falls sie ihren Gutsherren Pacht zahlen sollten. Die Männer waren nicht selbst und beim Verlassen eines jeden Hauses feuerten sie Schüsse ab. Die Pächter, welche diesen unheimlichen Besuch empfingen, waren außer Stande, Auskunft über die Agitatoren zu erteilen. In Dublin sind die ersten Schritte zur Bildung einer Schulliga von Großgrundbesitzern in Irland gethan worden. Die Liga bezweckt, falsche Angaben in der Presse und in öffentlichen Versammlungen betreffs der Grundbesitzer zu widerlegen und die Mittel bloßzustellen, die angewendet werden, um den Charakter ihrer Klasse in schlechten Ruf zu bringen. Der römisch-katholische Erzbischof von Cashel, Dr. Erole, hat einen Brief an die Dubliner Zeitungen gerichtet, worin er gegen die angebliche Absicht der Regierung, eine Massenwanderung nach dem Zulande oder anderwärts zu organisiren, in sehr starken Ausdrücken protestirt einlegt.

Als Bukarest wird vom 4. November gemeldet: Der „Romani“ schreibt, indem er die Nachricht von der Einreichung des Entlassungsgesuches seitens des Ministerpräsidenten Crutiano bestätigt, letzterer habe in dem Minister-rath am 2. d., aufgebracht durch die vielen Hindernisse, gegen welche er so lange ankämpfte, den Wunsch ausgesprochen, sich zurückzuziehen. Der Fürst jedoch wie sämtliche Minister hätten auf seinem Bleiben bestanden, da kein Grund für ihn vorhanden sei, zurückzutreten. — Der frühere Minister Strat ist gestorben. — Die Fürstin Elisabeth ist nach Bukarest zurückgekehrt.

Die mit letzter Post eingetroffenen indischen Zeitungen beschäftigen sich vornehmlich mit den kriegerischen Vorbereitungen und den weiteren Folgen der englischen Herrschaft in Assam. Eine sehr wesentliche Schlußfolgerung ist der Bau einer Eisenbahn in das Gebiet von Beludschian, welche wahrscheinlich bis Kandahar ausgedehnt wird. Für die bis jetzt festgelegte Strecke bis Dabur ist eine recht passende Linie gefunden worden. Von Jacobabad soll die Bahn am Rande der Rads Ebene hinlaufen, die Dugliberge seitwärts liegen lassen und sich dann nach Sibi wenden. Auf diese Weise löst sich den schlimmsten Bodenbeschwerigkeiten ausweichen. Wird die Bahn bis Duettab oder Vishin weitergeführt, so entfällt für die Verteidigung Afghanistan und der Nordwestgrenze ein wesentlicher Grund, der nach erheblich wächst, wenn die Strecke von Palampur bis Kandahar gebaut, und so ist Afghanistan Indien beträchtlich näher gerückt. Ueber Palampur würde Bombay von Kandahar aus in vier bis fünf Tagen zu erreichen sein, und im Falle es hierzu kommt, rechnet man daraus, daß Kandahar der Mittelpunkt des indisch-mittelasiatischen Handels und eine blühende Geschäftshandlung werde. Der Krieg hat übrigens die Eisenbahnbauten in Indien